

Anlage 2

Absender

**Fachbereich Jugend
und Soziales**

Drucksachen-Nr.

0144/2016/1

öffentlich

Antrag

der FDP-Fraktion

zur Sitzung:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 14.04.2016

Tagesordnungspunkt

Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2016 zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Inhalt:

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vom 22.02.2016

Die FDP-Fraktion hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Sachdarstellung:

Wie unter Tagesordnungspunkt 9 ersichtlich (siehe S. 3 des Jahresberichtes), hält die GL-Service gGmbH bereits seit vielen Jahren Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG vor. Die Stellen sind bei dem betroffenen Personenkreis sehr beliebt und von der Möglichkeit wird reger Gebrauch gemacht. Bis 2013 war es grundsätzlich möglich, jedem Asylsuchenden ein Arbeitsangebot zu unterbreiten. Durch die deutliche Zunahme der Flüchtlingszuweisungen ist dies derzeit nicht der Fall, da Kapazitäten in diesem Umfang derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Aus Sicht der Verwaltung hat die GL-Service gGmbH die notwendige Expertise, um sich im

Auftrag der Stadt weiterhin mit diesem Thema auseinander zu setzen und die Aufgabe zu übernehmen, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerbende zu schaffen. Derzeit liegt der Stadtverwaltung ein entsprechendes Angebot zur Ausweitung der Plätze für Arbeitsgelegenheiten der GL-Service gGmbH vor, welches geprüft wird. Gespräche über die Ausgestaltung werden geführt.

Weiterhin verfolgt die Verwaltung intensiv, inwieweit die bisherigen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zusätzliche Mittel für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber bereitzustellen, tatsächlich umgesetzt werden, so dass diese Mittel auch in Bergisch Gladbach eingesetzt werden können. Hierzu sind weitere Gespräche mit der Arbeitsverwaltung erforderlich, um auch die dortige Bereitschaft bei Vorhandensein von Mitteln diese entsprechend zur Verfügung zu stellen, zu eruieren.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, mit der GL-Service gGmbH weitere Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung der Anzahl der Plätze für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz oder vergleichbarer Plätze für die Heranführung von Menschen an den Arbeitsmarkt zu führen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit Fördermittel z. B. der Arbeitsverwaltung abgerufen werden können.

Der Ausschuss ist über den Fortgang der Gespräche zu informieren.

Sofern für die Schaffung von weiteren Arbeitsgelegenheiten städtische Finanzmittel eingesetzt werden müssen, sind hierfür entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachbriefkasten

am: 22. Feb. 2016

Anlage

23. Feb. 2016
DE

**Freie
Demokraten**
FDP

FDP – Konrad-Adenauer-Platz 1 – 51465 BGL

An den
Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Herrn Lutz Urbach

Konrad - Adenauer – Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Jörg Krell – Fraktionsvorsitzender

Zimmer 13
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 / 14 23 14
Telefax: 0 22 02 / 14 23 14
Web: fdp-bergischgladbach.de
E-Mail: fraktion@fdp-bergischgladbach.de

Bergisch Gladbach, den 22.2.2016

Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 8. März 2016 – Antrag der FDP Fraktion

Lieber Herr Urbach,

die FDP bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtrats-Sitzung am 8. März zu nehmen.

Antrag:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach wird beauftragt, eine Initiative zur sofortigen Integration auch neu angekommener Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu organisieren. Die Verwaltung soll sich dabei von den Kollegen der Stadt Iserlohn informieren und beraten lassen, die mit ihrem Modell bereits in wenigen Wochen 100 Flüchtlinge in Stellen (1-€-Jobs) vermittelt haben.

Die Ziele dieser Initiative sind:

- 1.) Eine schnellere Integration arbeitsfähiger Neuankömmlinge in die Gesellschaft durch tägliche Kontakte zu Einheimischen
- 2.) Frühzeitige Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern bzw. Lehrherren für mögliche Arbeits- und Ausbildungsplätze
- 3.) Verbesserung der Qualifikation durch Learning by Doing (sowohl bezüglich der Deutschkenntnisse als auch durch das Erlernen von Fertigkeiten am Arbeitsplatz)
- 4.) Sinnvoll ausgefüllte Tagesabläufe und damit eine Reduktion von Unzufriedenheit und Aggression.

Die Verwaltung wird aufgefordert, dazu - wie in Iserlohn erfolgreich praktiziert - in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit die Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft und mit den örtlichen Unternehmen zu suchen.

Begründung:

Für die Flüchtlinge bietet sich (aufgrund ihrer oft geringen Qualifikation und wegen der niedrigen formalen Hürden) das 1-€-Modell für Langzeit-Arbeitslose an:

Die Flüchtlinge sind ohnehin Leistungsbezieher; wie die Erfahrung in Iserlohn zeigt, sind sie trotz der geringen Bezahlung von 1 € / Stunde motiviert, diese Möglichkeit zu nutzen. - Für die Unternehmen und Handwerksbetriebe, für die die Flüchtlinge in dieser Phase zumeist kein Produktivfaktor sind, sondern im Gegenteil einer Betreuung und Anleitung bedürfen und somit Aufwand generieren, hält sich somit die Belastung in Grenzen und erhöht die Akzeptanz.

Analog zu dem Modell in Iserlohn soll die Initiative für alle Flüchtlinge vom ersten Tag an gelten, auch wenn noch nicht über deren Asylantrag entschieden ist.

Die oben genannten Ziele rechtfertigen den Aufwand, der für die Verwaltung mit der Konzeption und Umsetzung dieser Initiative verbunden sind.

Ansprechpartner bei der Stadt Iserlohn ist das Büro der Ersten Beigeordneten Katrin Brenner.

Die FDP-Fraktion bittet Sie, Herr Bürgermeister, diesen Antrag in der kommenden Ratssitzung zur Abstimmung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Krell

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 14.04.2016

15. Anträge der Fraktionen

**15.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 22.06.2016 zur Organisation einer Initiative zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
0144/2016**

Frau Holz-Schöttler weist auf die als Tischvorlage ausliegende und zuvor den Fraktionen zugeleitete ergänzte Antragsvorlage 0144/2016/1 (Anlage) hin.

Herr Buhleier bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage. Die Verwaltung habe letztendlich den Beschlussvorschlag der FDP aufgegriffen und auf die bereits bestehende Situation konkretisiert. Die GL Service gGmbH sei nämlich in diesem Bereich schon längst tätig und habe im letzten Jahr über 100 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge bereitgestellt.

Frau Koshofer spricht für ihre Fraktion die Anregung aus, dass die Verwaltung sich nach dem Beispiel von Iserlohn mit Handwerksbetrieben und Unternehmen zusammensetze.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, Herr Krell beziehe sich in seinem Antrag auf ein von Bund und Land gefördertes Projekt in Iserlohn. Es könne aber nicht jede Stadt Projektstandort sein. Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf den unter TOP Ö 9 vorgelegten Bericht der GL Service gGmbH, aus dem hervorgehe, dass 2014 praktisch alle Flüchtlinge, die in eine Arbeitsgelegenheit kommen wollten bzw. sollten, diese auch bekommen hätten. Auch in 2015 hätten noch weit über 100 Personen eine Arbeitsgelegenheit über die GL Service gGmbH gehabt. Bei einem Bedarf von über 1.000 Personen sei die GL Service gGmbH natürlich organisatorisch und personell komplett überfordert. Nach seiner Auffassung müsse das Thema aber im Zuge der Fortschreibung des Flüchtlingskonzeptes der Stadt dringend aufgenommen werden.

Frau Stauer macht darauf aufmerksam, dass beispielsweise im Rhein-Neuss Kreis mit der Initiative „Kompass D“ kleine, mittelständische und auch größere Unternehmen von sich aus aktiv geworden seien und mit dem Jobcenter eine Initiative gegründet hätten. Frau Stauer sei sehr erfreut über diese Initiative, weil sie einerseits die Chance für die Mobilisierung und Gewinnung von Fachkräften beinhalte, andererseits die Funktion der Initiatoren auch als Multiplikatoren. Frau Stauer schlägt vor, dass die FDP-Fraktion in ihrem Selbstverständnis als typische Mittelstandspartei und auch die weiteren Ausschussmitglieder als Multiplikatoren an Bergisch Gladbacher Unternehmen herantreten könnten mit dem Ziel, dass diese selbst initiativ würden.

Frau Stauer betont, dass dabei unbedingt berücksichtigt werden müsse, dass Menschen, die eine neue Sprache oder einen neuen Beruf erlernten, eine gute Unterkunft hätten, die ihnen erlaube, in Ruhe zu lernen. Es sei sinnvoll, wenn sich alle Beteiligten überlegten, ob auch aus privater Initiative die eine oder andere Wohnmöglichkeit gegeben wäre.

Herr Kuhlen informiert, die GL Service gGmbH schaffe seit 23 Jahren ununterbrochen Arbeitsgelegenheiten, beginnend 1993, als der große Zustrom der Menschen aus dem Bereich Jugoslawien ankam. In den Jahresberichten sei regelmäßig der Abschnitt über die Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz zu finden. Aus der Tischvorlage ergebe sich, dass die GL Service gGmbH schon ein weiteres Angebot plazierte mit dem Ziel, die Möglichkeiten der Arbeitsgelegenheiten noch weiter ausdehnen zu können. Klar sei, dass

nicht für 1.600 Menschen Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden könnten. Es müsse darauf geachtet werden, dass den Menschen ein sinnvolles, gemeinnütziges und passendes Angebot gemacht werden könne. Herr Kuhlen findet es besonders wichtig, dass im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten die Menschen unterschiedlichster Nationen die gegebenen Sprachanlässe in der gemeinsamen Sprache Deutsch erlernten. Sie erhielten auch eine erste Orientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt, denn die Arbeitsgelegenheiten seien nicht nur bei den von der GL Service gGmbH angebotenen so genannten handwerklichen Themen in der Tannenbergstraße gegeben. Wenn beispielsweise ein Flüchtling aus dem Krankenpflegebereich in Syrien komme, werde über einen schnellen Anruf beim EVK oder beim Marienkrankenhaus geklärt, ob dort seine Arbeitsgelegenheit bestehe. Diese gute Kooperation bestehe seit vielen Jahren mit den handelnden Akteuren, den so genannte Regiestellen in der Stadt Bergisch Gladbach, soziale Unternehmen wie Krankenhäuser, Senioreneinrichtungen usw.. Herr Kuhlen macht darauf aufmerksam, dass für manche Arbeitsgelegenheiten, beispielsweise in Kindertagesstätten, vorab ein polizeiliches Führungszeugnis vorgelegt werden müsse, was sich bei Menschen, die z.B. vor Kurzem aus Syrien gekommen seien, schwierig gestalten. Es gebe also durchaus bürokratische Hindernisse zu überwinden.

Frau Koshofer dankt Herrn Kuhlen, ihr sei klar, dass er sehr engagiert sei. Sie führt aus, die Kreishandwerkerschaft vor Ort sei eine wichtige Anlaufstelle. Da könne noch mehr getan werden. Für die FDP-Fraktion sei es sehr vorrangig, schnell zu agieren.

Herr Dr. Bernhauser teilt grundsätzlich Frau Koshofers Anliegen. Er merkt an, zur Weiterentwicklung müssten aber Vereinbarungen getroffen werden. Herr Dr. Bernhauser schlägt vor, neben dem Geschäftsführer des Jobcenters auch den Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft in die nächste Sitzung des ASWDG einzuladen, ebenfalls Herrn Kuhlen als quasi Handlungsbevollmächtigten der GL Service gGmbH. Zudem müsse dringend in die Fortschreibung des Integrationskonzeptes ein Passus „Arbeitsgelegenheiten nach Asylbewerberleistungsgesetz“ aufgenommen werden.

Frau Stauer regt an, das Potential von Langzeitarbeitslosen nicht aus dem Blick zu verlieren, die nach entsprechender Schulung ggf. bereit wären, Integrationsbegleiter zu werden, allerdings nicht auf ehrenamtlicher Basis, sondern mit einer Chance, mit dieser Zusatzqualifikation wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Auf Nachfrage von Frau Koshofer kündigt Herr Buhleier an, die Kreishandwerkerschaft zur kommenden Sitzung einzuladen.

Frau Holz-Schöttler dankt für die rege Diskussion und die Hinweise, die ins Protokoll aufgenommen werden sollten, und lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion und gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. fassen die Ausschussmitglieder mehrheitlich den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, mit der GL-Service gGmbH weitere Gespräche mit dem Ziel einer Erhöhung der Anzahl der Plätze für Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz oder vergleichbarer Plätze für die Heranführung von Menschen an den Arbeitsmarkt zu führen. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit Fördermittel z. B. der Arbeitsverwaltung abgerufen werden können.

Der Ausschuss ist über den Fortgang der Gespräche zu informieren.

Sofern für die Schaffung von weiteren Arbeitsgelegenheiten städtische Finanzmittel eingesetzt werden müssen, sind hierfür entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien einzuholen.